

Freundschaft

Zeitung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans

Mittwoch,
7. März 1990
Nr. 45 (6 173)
25. Jahrgang
3 Kopeken

Die Antwort blieb ich ihm schuldig

Der Tag, an dem ich den Sowchos „Kolos“ besuchte, war windig. Mächtige Sturmstöße rissen die Mantelschöße auf, warfen eisige Schneeflocken ins Gesicht und ließen vor Kälte erschauern. Das Dorf schien menschenleer zu sein. Alles, was sich bewegte, suchte Unterschlupf. Aber hier, in der Sowchowschwerkstatt, wohin mich der Chefingenieur des Sowchos Viktor Fedotow mit seinem Geländewagen hinbrachte, herrschte Hochbetrieb. Links und rechts hörte man das Brummen und Rattern der Mechanismen und Werkzeugmaschinen, ab und zu bläzte der Schweißapparat. Aus der Ecke rechts ertönte das melodische Glockengeläut der Schmiedehämmer. Die Mechanisatoren bereiteten die Landtechnik auf die bevorstehenden Feldarbeiten vor. „Insgesamt sind im Sowchos 96 Mechanisatoren“, erzählt Viktor Fedotow. „Nachdem alle unsere drei Ackerbaubrigaden zum Pachtvertrag übergegangen sind, überholen sie ihre Technik selbst. Sofort nach dem Abschluß der Getreideernte begannen wir mit der Reparatur der Mährescher. Zur Zeit sind sie wie auch alle Raupen-, Sä- und Mähmaschinen völlig einsatzbereit. Heute geben sich unsere Mechanisatoren recht viel Mühe, um die gesamte Landtechnik zum Beginn der Frühjahrbestellung instand zu setzen.“

Nachdem Viktor Fedotow zum Chefingenieur des Sowchos „Kolos“ ernannt worden war, änderte sich die Lage in der Sowchowschwerkstatt wesentlich zum Besseren. Die Sowchosleiter und die Arbeiter charakterisieren ihn als

einen ersten und fachkundigen Spezialisten. Diese Eigenschaften fordert er auch von seinen Untergebenen. Besondere Aufmerksamkeit schenkte der Chefingenieur der Schaffung einer festen Reparaturbasis, das natürlich ohne sachkundige hochqualifizierte Fachleute unmöglich wäre. Zur Zeit ist in der Werkstatt ein schöpferisches Kollektiv von Reparaturarbeitern tätig. Obwohl die Mechanisatoren ihre Technik auch selbst reparieren, gibt es sehr oft Fälle, wo sie nicht ohne qualifizierte Hilfe auskommen können. Dann stehen der Dreher Woldemar Seifert, der Kupferschmied Alexander Kowtunenko, der Elektriker Viktor Miller und der Schmied Michael Eberle ihren Kameraden mit Rat und Tat bei. Sie stellen alte verschlossene Bauteile und Aggregate wieder her oder fertigen, wenn möglich, neue. Dank ihren Bemühungen ist im Sowchos ein Umlaufmittelfonds an Ersatz- und Bauteilen für die Landtechnik geschaffen worden. Das hat den Mechanisatoren gestattet, die Technikzustände zu verringern.

Es wäre aber falsch, zu glauben, daß die Arbeiter der Sowchowschwerkstatt sich nur mit Techniküberholung beschäftigen. Der Betrieb hat auch reiche Rationalisierungsstrategien. Besonders aufschwung erfuhr hier die Neuererbewegung, nachdem man im Sowchos große Bedeutung der Entwicklung der Nebengewerbe beizumessen begonnen hatte. So beschloß man zum Beispiel, im Sowchos eine Ölmühle in Betrieb zu setzen, um den Rapsamen zu verarbeiten und Rapsöl zu erzeugen. Da es aber

keine Standardausrüstung dafür gab, gingen die hiesigen Rationalisatoren ans Werk und fertigten in kurzer Frist eine Ölprese an. Außerdem stellten sie eine Mühle für Buchweizenreinigung und ein Aggregat für Selbstproduktion fertig. Es sei hier noch hinzugefügt, daß all diese Volksbedarfswaren im örtlichen Dorfladen verkauft werden und dem Sowchos einen beachtlichen Gewinn bringen.

In naher Zukunft beabsichtigt man, im Sowchos noch eine Würstmacherei und eine Senfbereitungsanlage dem Betrieb zu übergeben. Dabei werden die Reparaturarbeiter bestimmt alle Hände voll zu tun haben.

Hohes Ansehen genießt unter seinen Arbeitskollegen der Schlosser Woldemar Beldeck, der zur Zeit die von ihm gefertigte Nagelmaschine bedient. Dieser energiegeliche Jung aussehende Mitteldreißiger versorgt mit Nägeln nicht nur die Sowchosbauarbeiter, sondern auch die Nachbarbetriebe und die Dorfbewohner.

Nachdem Woldemar seine Maschine zum Stillstand gebracht hatte, überraschte er mich plötzlich mit einer auf den ersten Blick in dieser Situation unpassenden Frage:

„Na, sag mal, wann fahren wir endlich alle an die Wolga?“

Schon jetzt, so erklärte er mir, sei er bereit, ins Wolgabgebiet zu fahren, wo er niemals gewesen war, das aber die Heimat seiner Eltern ist, dort in einem Sowchos wo hier, seine Maschine nach eigenen Zeichnungen zu montieren, die Produktion der Nägel aufzunehmen, und den ganzen Bedarf mit dieser Mangelware zu decken.

„Ja, Woldemar, hinge die Lösung dieser Frage von mir oder meinen Freunden ab, hätte ich dir bestimmt eine konkrete Frist angeben können.“

Viktor FUCHS,
Korrespondent
der „Freundschaft“
Gebiet Zelnograd



Die Konfektionsfabrik Taldy-Kurgan ist ein anerkannter Schrittmacher in ihrer Branche. Im Laufe des vorigen Jahres waren ihre Arbeitsergebnisse stets besser als die anderer Fabriken des Landes. Die hiesigen Konfektionsarbeiter leisteten sogar Bedeutenderes als ihre Kollegen von Tiraspol.

Die Hauptproduktionsart, mit der sie die ganze Republik versorgen, ist die Schulleidung für Mädchen und Jungen. In der letzten Zeit haben Damenkosmode von klassischem Schnitt und das Jugendsortiment einen immer größeren Anteil am Gesamtumfang ihrer Produktion.

Unser Bild: Die Näherinnen Rosa Amann, Anar Tumabajewa und Tamara Terganowa. Ihre Brigade war im vorigen Jahr die beste im Betrieb. Foto: Juri Weidmann

Techniküberholung in vollem Gange

Die Vorbereitung auf die bevorstehende Frühjahrsefeldbestellung ist im Sowchos „Pamjat Thalmana“ in vollem Gange. Zur Zeit ist hier die gesamte Sä- und Bodenbearbeitungstechnik schon völlig instand gesetzt: 101 Sämaschinen, 48 Grubber und 42 Pflüge sind einsatzbereit.

Heute gewinnen die Überholungsarbeiten im Sowchos immer mehr an Tempo. Die Mechanisatoren haben mit der Repara-

tur der Traktoren, Getreidemährescher und der Grasmähntechnik zu tun. Viel Mühe geben sich dabei A. Miller, J. Heckel, J. Miller und andere. Insgesamt sind hier an den Überholungsarbeiten 17 Reparaturarbeiter beschäftigt.

Das Kollektiv der Sowchosreparaturwerkstatt beabsichtigt, die gesamte Landtechnik zum 1. April startklar zu machen.

Johann HALLE
Gebiet Omsk

Auf der dritten Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR

Das sowjetische Parlament hat am Montag die Erörterung des Gesetzentwurfs über das Eigentum in der UdSSR beendet. Das ist einer der wichtigsten Gesetzgebungsakte, die dazu berufen sind, die rechtliche Grundlage für die Wirtschaftsreform in der UdSSR zu bilden. Über das Dokument wird nach Artikeln abgestimmt, weil am Montag die erforderliche Mehrheit der Deputierten nicht vorhanden war.

Das Parlament bildete auch eine Deputiertenkommission für Ethik, deren Gründung auf dem 2. Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR im Dezember vergan-

genen Jahres beschlossen worden war. Der Kommission werden 33 Volksdeputierte angehören. Zu ihrem Vorsitzenden wurde Anatolij Denisow aus Leningrad gewählt.

Der Oberste Sowjet der UdSSR faßte ferner den Beschluß „Über die Lage in der Aserbaidshanschen und der Armenischen SSR und über die Normalisierung der Situation in dieser Region“, der zu den Ergebnissen der Erörterung dieser Frage auf der Tagung am 19. Februar und am 1. März vorbereitet wurde.

Nikolai IGOSCHEW
Gebiet Nordkasachstan
(TASS)

Gesetzentwurf über Präsidentschaft

Der Gesetzentwurf über die Einführung des Präsidentenamtes in der UdSSR und entsprechende Veränderungen und Ergänzungen in der Verfassung ist am Montag veröffentlicht worden.

Der Entwurf war am 27. Februar vom sowjetischen Parlament als Grundlage angenommen worden. Im Vorfeld des außerordentlichen Kongresses der Volksdeputierten, der für den 12. März einberufen werden, die endgültige Entscheidung über das Gesetz treffen und den Präsidenten wählen soll, hat die Öffentlichkeit nun die Möglichkeit erhalten, Einsicht in den Inhalt des Dokuments zu nehmen.

In dem Gesetzentwurf sind die umfassenden Vollmachten des höchsten Amtsträgers festgeschrieben, der für die UdSSR neu ist. Hierzu gehören die allgemeine Kontrolle über die Respektierung der Rechte und Freiheiten der sowjetischen Bürger, der Verfassung und der Gesetze der UdSSR, der Schutz der Souveränität, Sicherheit und territorialen Integrität, die Realisierung der Prinzipien der nationalen Staatsordnung der UdSSR, die Sicherung des Zusammenwirkens der höchsten Organe der Staatsgewalt der UdSSR, die Präsentation der UdSSR innerhalb des Landes und auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen. Der Präsident ist oberster Befehlshaber der Streitkräfte des Landes.

Der Präsident legt dem Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR Berichte zur Lage des Landes vor, stellt Kandidaten für die Ämter des Regierungschefs, der Vorsitzenden des Komitees für Volkskontrolle und des Obersten Gerichts sowie des Staatlichen Hauptbeschwerdrichters und des Generalstaatsanwalts vor und kann das Parlament auffordern,

Verleihung von Ehrentiteln. Er entscheidet über Ein- bzw. Ausbürgerung und über Entzug der Staatsbürgerschaft sowie über die Asylgewährung und die Begnadigung.

Der Präsident leitet den Föderationsrat der UdSSR. Das ist ein neues Organ des sowjetischen politischen Systems, dem die höchsten Amtsträger der Unionsrepubliken angehören. Der Föderationsrat erarbeitet Maßnahmen zur Realisierung der Prinzipien des nationalstaatlichen Ausbaus der UdSSR.

Beim Präsidenten der UdSSR soll noch ein für die UdSSR neues Organ gebildet werden, der Präsidialrat, der Maßnahmen zur Realisierung der Hauptaufgaben der Innen- und Außenpolitik der UdSSR und zur Gewährleistung der Sicherheit des Landes erarbeitet. Zum Rat gehört amtsmäßig der Regierungschef, die anderen Mitglieder werden vom Präsidenten bestimmt.

Falls der Präsident die Verfassung oder die Gesetze der UdSSR verletzt, kann er vorfristig auf Beschluß des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR mit mindestens 2/3 der Stimmen unter Berücksichtigung eines Gutachtens des Komitees für Verfassungsaufsicht der UdSSR von seinem Amt entbunden werden.

Laut Gesetzentwurf wird der Präsident von Bürgern der UdSSR aufgrund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts in geheimer Abstimmung auf die Dauer von 5 Jahren gewählt. Gewählt werden kann ein Bürger der UdSSR nicht unter 35 und nicht über 65 Jahre. Als gewählt gilt ein Kandidat, der in der ganzen Sowjetunion und in den meisten Unionsrepubliken mehr als die Hälfte der Stimmen der Wähler auf sich vereinigt, die an der Abstimmung teilgenommen haben. (TASS)

genen Jahres beschlossen worden war. Der Kommission werden 33 Volksdeputierte angehören. Zu ihrem Vorsitzenden wurde Anatolij Denisow aus Leningrad gewählt.

Der Oberste Sowjet der UdSSR faßte ferner den Beschluß „Über die Lage in der Aserbaidshanschen und der Armenischen SSR und über die Normalisierung der Situation in dieser Region“, der zu den Ergebnissen der Erörterung dieser Frage auf der Tagung am 19. Februar und am 1. März vorbereitet wurde.

Nikolai IGOSCHEW
Gebiet Nordkasachstan
(TASS)

In Moskau eingetroffen

Der Vorsitzende des Ministerrats der DDR, Hans Modrow ist am 5. März in Moskau eingetroffen. Er folgt einer Einladung der sowjetischen Führung.

Auf dem Flughafen, wo Staatsflaggen der DDR und der UdSSR gehißt waren, wurde der DDR-Ministerpräsident vom Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, N. I. Ryschow, und weiteren offiziellen Persönlichkeiten begrüßt.

△

Der zu einem Arbeitsbesuch in Moskau wählende Vorsitzende des Ministerrates der DDR, H. Modrow, ist am 5. März im Kremel

mit einer Gruppe von Volksdeputierten der UdSSR zusammengetroffen. Sowjetische Parlamentarier erläuterten die Haltung der Sowjetunion zum gesamteuropäischen Prozeß und brachten die Hoffnung zum Ausdruck, daß sich die ins Auge gefaßte Vereinigung der DDR und der BRD in diesen Prozeß einordnen und keine Gefahr für die Sicherheit und die Unverletzlichkeit der auf dem Kontinent bestehenden Grenzen heraufbeschwören wird.

H. Modrow gab eine kurze Darstellung der jüngsten Ereignisse in seinem Land und stellte fest, daß die Deutsche Demokratische Republik vor einer wichti-

Bericht N. A. Nasarbajews

auf der Republikberatung der Sekretäre der Parteigrundorganisationen

Genossen!

Aufrichtig gesagt, hätte man eine Beratung wie diese schon viel früher einberufen sollen. Ich bin überzeugt, daß eine rechtzeitige Aussprache mit den Sekretären der Parteigrundorganisationen ganz bestimmt geholfen hätte, viele unsichtbare Klippen zu umgehen, auf die wir im nichterwarteten Fahrwasser der Demokratisierung der Partei stoßen mußten, und ermöglicht hätte, dem Herabsinken des Ansehens der Partei effektiver entgegenzuwirken.

Anscheinend hat sich darauf die noch stets wiederkehrende, aus der Stagnationszeit stammende Krankheit ausgewirkt, als das weitgehend erklärte Postulat — die Parteigrundorganisation sei die Grundlage der Partei — in Wirklichkeit in ausgesprochenes Ignorieren der Meinungen der Durchschnittskommunisten umschlug, und die Rolle der Grundorganisationen beim Fassen der wichtigsten Parteibeschlüsse praktisch gleich Null war.

Ja, die Umgestaltung in der Gesellschaft setzte wie auch in der Partei, kraft mancher objektiver politischer Gründe „von oben“ ein. Während sich der Prozeß der allgemeinen Politisierung verhältnismäßig rasch vollzog und die breiten Volksschichten dem Verlauf der demokratischen Erneuerung aktiv anzuschließen vermochten, so erwies sich im Partei-milieu die Unterstützung von „unten“ als nicht so effektiv. In dieser Tatsache reflektierten sich wie im Spiegel die zahlreichen Mängel unserer Organisation, die die überaus verantwortliche Rolle der führenden Kraft der sowjetischen Gesellschaft übernommen hatte.

Zu lange übersehen wir die offensichtlichen, durch das Stalinsche Regime verursachten Verzerrungen im innerparteilichen Leben sowie die Tatsache, daß den Ambitionen der „Führer“ zu liebe der Apparat der Parteigrundorganisationen buchstäblich alle und alles im Namen der Partei regierte.

Ohne Anspruch auf eine erschöpfende Analyse der Ursachen der gegenwärtigen Krise in der Partei zu erheben, möchte ich dennoch unterstreichen: Gerade der Widerspruch zwischen der Initiative von „oben“ und der Trägheit von „unten“ hat die Entstehung des innerparteilichen Lebens hemmenden Moments bewirkt. Mehr noch, die politische Indolenz der meisten Kommunisten hat sich äußerst negativ auch auf die Bereitschaft der Parteiführung ausgewirkt, entschieden auf dem Weg der geplanten Wandlungen voranzugehen.

Wie soll man aus diesem Teufelskreis herausbrechen? Was konkret wäre zu tun, damit das Niveau der Aktivität der Parteigrundorganisationen ihrer heutigen Vorausbestimmung entsprechen?

Es besteht die Chance, im Laufe der Vorbereitung des XXVIII. Parteitags der KPdSU und des XVII. Parteitags der Kommunistischen Partei Kasachstans das Schiff der Partei in die Hauptbahn der Perestroika zu lenken.

Es kommt darauf an, keinen Fehler zuzulassen und ein genaues, trotz des akuten Zeitmangels exakt ausgerichtetes Manöver vorzunehmen. Und wir hoffen sehr, daß Sie zu dieser zweitägigen Aussprache, bildhaft gesprochen, nicht mit leeren Händen gekommen sind.

Gestatten Sie mir jetzt den Kreis der Fragen zu umreißen, die uns heute besonders bewegen und die wir gemeinsam mit Ihnen besprechen möchten.

Vor allem erlauben Sie mir, die Einstellung zu den aktuellen Problemen kundzutun, die mit der Rolle der Partei in der gegenwärtigen Umgestaltungsetappe verbunden sind.

Auf dem Februarplenum des ZK der KPdSU von 1990 wurde betont, daß die Entwicklung der Umgestaltungsprozesse im Lande einen widerspruchsvollen Charakter angenommen hat. Sie verlaufen unter Verhältnissen einer schweren ökonomischen Krise, eines Haushaltsdefizits, einer zunehmenden Inflation und sich zuspitzender sozialer und zwischen-nationaler Probleme. In der politischen Arena erschienen destabilisierende Kräfte, die mit der KPdSU in eine Konfrontation traten. Alle diese negativen Erscheinungen warfen im Grunde genommen vor der Partei die Frage auf, ob sie in der Lage sei, ihre Avantgarderolle zu bewahren und das Sowjetvolk anzuleiten.

Eine erschöpfende Antwort darauf enthält der Entwurf der Plattform des ZK der KPdSU zum XXVIII. Parteitag: „Die KPdSU wird ihre Politik als regierende Partei im Rahmen des demokratischen Prozesses weiterführen und sich für die weitere Erhaltung ihrer Stellung einsetzen.“

Ich bin der Ansicht, dieser Leitsatz verdient es, daß man ihn sich ernsthaft überlegt. Im Entwurf der Plattform des ZK wurde solche Funktionen der Parteikomitees in den Vordergrund gerückt, wie die programmatische, die die Entwicklung neuer Ideen, Konzeptionen und Programme einschließt, welche sich der Unterstützung und des Vertrauens des Volkes erfreuen; die politische Funktion, die realisiert wird durch den Wahlkampf um das Vertrauensmandat des Volkes in den Machtorganen, durch das Delegieren von Mitgliedern der Partei und ihrer Verfechter auf Schlüsselposten; die organisatorische — über die Organisation einer gut abgestimmten Arbeit aller Parteeinheiten; die ideologische — die Verteidigung ihrer Standpunkte und Ansichten unter den Bedingungen des politischen Pluralismus, die Kritik an nicht-marxistischen Konzeptionen der gesellschaftlichen Entwicklung.

In diesem Zusammenhang kann ich nicht umhin, auf noch ein die Öffentlichkeit bewegendes Problem einzugehen. Bekanntlich wird heute genug über das Mehrparteiensystem gesprochen, dabei oft ohne eine tiefe Erfassung dieses Begriffs, ohne die elementare Kenntnis der Theorie und Praxis der Frage. Im Alltagsbewußtsein und in populistischen An-

sprachen wird in der Regel nur der positive Aspekt des „Fachwortes „Mehrparteiensystem“ hervorgehoben. Gar nicht berücksichtigt wird jedoch die Tatsache, daß sich hinter dieser Fassade voll und ganz sowohl ein despotisches Regime als auch eine volksfeindliche Politik verbergen können, die weit von der wahren Volksmacht entfernt sind.

Viel sind der Ansicht, daß bei einer wahren Demokratisierung des innerparteilichen Lebens die Notwendigkeit der Entstehung anderer Parteien von selbst wegfällt. Diese Meinung entbehrt nicht der Vernunft. Meiner Meinung nach müssen die Gespräche vom Mehrparteiensystem als ein Streben der Menschen gewertet werden, die KPdSU von Stagnation, Bürokratismus und Entartung zu schützen.

Wir müssen den Willen und die Stimmungen aller Kasachstan in dieser Frage berücksichtigen und uns auf den im Volke lebenden tiefen Glauben an die Partei und an ihre gesunde Kräfte stützen. Man braucht sich dabei nicht nach der Obrigkeit und nach den fremden Meinungen zu richten, sondern man muß eine eigene Politik und ein eigenes Aktionsprogramm gemäß den in der Republik existierenden Realitäten ausarbeiten.

Das Wichtigste ist dies: Es ist Zeit, den Kopf zu heben und die Erstarrung abzuschütteln, die durch den massierten Angriff auf die Partei bewirkt wurde, auf die schädlichen und demoralisierenden Bestrebungen mancher Genossen zu verzichten, eine Art Weltbühne zu tun. Die Partei sind 20 Millionen Sowjetmenschen, das ist ein Teil des Volkes, der nicht die Schuld für die volksfeindlichen Taten der „Führer“ vom Stalinschen und Breschnevschen Schlag auf sich nehmen und um so weniger, um jemanden einen Gefallen zu tun, sich Asche auf Haupt streuen kann. Wir dürfen es nicht, wir haben kein Recht, die moralische Heldentat von Generation einfacher Kommunisten der Vergessenheit preiszugeben, deren einziges Privileg darin bestand, als erste die Not und Entbehrung auf sich zu nehmen, die das Volk erleiden mußte, als erste zum Angriff überzugehen und sich als erste die Last der schwersten und kompliziertesten Aufgaben aufzubürden.

Die Verantwortung, die die Partei für die früheren Fehlschläge, Fehler und Deformationen auf sich genommen hat, hat nichts Gemeinsames mit dem Schuldkomplex, der ihr hartnäckig aufzugesungen wird. Jetzt gebrauchen viele unserer politischen Opponenten, in unbegründeter Kritik der Aktionen der Partei wetteifernd, nur schwarze Farbe. Und das betrifft nicht nur die Geschichte. Es ist jetzt Mode und sehr vorteilhaft geworden, diejenige zu kritisieren, die die Umgestaltung in die Wege geleitet haben und ohne Rast für sie arbeiten.

Man darf sich auch in schönen Vorstellungen wiegen und sich darauf verlassen, daß die Umgestaltung mehr Verteidiger als

Gegner habe. Dem ist wirklich so, aber darf man die Masse der Menschen außer acht lassen, die dem Partei- und Staatsapparat schenbar nicht angehören, die aber ganz passabel in einer Symbose mit dem Administrativsystem leben und offen ein Parasitenleben führen? Und gab es etwa wenig von denen, die das Hauptprivileg der Stagnation ganz zufriedenstellte, nämlich die Möglichkeit, mit halber Kraft zu arbeiten, jedoch ein garantiertes Minimum der materiellen Sicherstellung zu erhalten und dieselben Güter zu nutzen wie auch die wahrhaft Arbeitenden.

Es ist Zeit, daß die Kasachstaner unsere Stimme hören und tief einsehen, daß die Kommunistische Partei der Republik das Streben des Volkes nach der Verteidigung und nach dem Sieg der Umgestaltungsansätze größtmöglich unterstützt und für die Hebung seines Wohlstandes, für ein ruhiges und vollständiges Leben ausnahmslos aller Völker und Völkern, für die soziale Gerechtigkeit kämpft. Wir sind dafür, daß der Meetingsdemokratismus nicht jenes Wertvolle mit sich fortreibt und zugrunde richtet, was schon in den Jahren der Erneuerung geboren wurde. Wir sind ein Teil des Volkes Kasachstans und sind immer mit ihm. Seine Interessen sind die ureigenen Anliegen der Kommunisten.

Die im Entwurf der Plattform der KPdSU dargelegten Prioritäten der Partiarbeit gehen die Parteigrundorganisationen in vollem Maße an. Es ist abbekannt, daß die programmatischen Plangrundsätze einem beliebigen Tätigkeitsstil zugrundeliegen. Gerade sie gestatten es, sich über die laufenden Angelegenheiten zu erhöhen und gesellschaftlich bedeutsame Tendenzen in Einzelfällen wahrzunehmen. Heute wird von uns wie nie zuvor das Vermögen gefordert, sich auf die Lösung großangelegter strategischer Aufgaben, sei es Ökonomik, Politik oder Ideologie, zu konzentrieren. Angesichts der besonderen Bedeutung der Ökonomik für die Geschichte der Umgestaltung möchte ich über diesen Aspekt der Partiarbeit ausführlicher sprechen.

Die soziale und wirtschaftliche Situation in der Republik offen bewertend und sie als kompliziert einschätzend, müssen wir allerdings betonen, daß die Parteigrundorganisationen und -komitees die Schlage im Griff haben und ihre Bemühungen auf die Festigung der erreichten Positionen und die Überwindung der „Leerläufe“ in einigen Richtungen der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung lenken. Was meine ich darunter?

Die Tendenz der Senkung des Wachstumstemplos in den wichtigsten Kennziffern der volkswirtschaftlichen Entwicklung wurde zum Stehen gebracht. Der jahresdurchschnittliche Zuwachs des erzeugten Nationaleinkommens machte im laufenden Planjahr fünf 2,1 Prozent aus, das ist

(Fortsetzung S. 2)

Wirtschaftsleben kurzgefaßt

Mit sicherer Qualitätsgarantie führen die Reparaturarbeiter des Sowchos „Samarski“, Gebiet Zelnograd, die Überholungsarbeiten aus. Zur Zeit sind hier schon alle Traktoren und Mährescher völlig instand gesetzt. Beachtlichen Bestand leisten dabei die Sowchosneuerer. Viele verknappte Ersatz- und Bauteile haben sie wiederhergestellt.

Mit Hochdruck arbeiten die Schweinezüchter des Tschapajew-Sowchos, Gebiet Nordkasachstan. Gute Erfolge erzielten Alexander und Tatjana Mazker, Anna Beller und Eva Metzger. Die Bruttomastgewichte der Tiere auf ihrer Farm betragen 2 826 Dezentonnen und übersteigen somit die Plan-kennziffer um 217 Dezentonnen. Für diese Leistung haben die Schweinezüchter 26 498 Rubel als Zusatzlohn bekommen.

Sämtliche Traktoren einsatzbereit

In den Agrarbetrieben des Rayons Sowjetski, Gebiet Nordkasachstan, wird gegenwärtig die Reparatur der Technik für die bevorstehende Frühjahrsefeldbestellung in zügigem Tempo durchgeführt. Sämtliche Traktoren und Anhängegeräte sind schon einsatzbereit. Zugleich werden auch die Schneeauffahlfahrten auf den Feldern fortgesetzt.

Mit Hochdruck arbeiten dieser Tage die Mechanisatoren der ersten Abteilung des Technikumsowchos Tschagly. Sie haben schon auf gut der Hälfte der Anbauflächen wiederholt Schneefurchen gezogen. Höchste Tagesleistungen erzielen die Traktorenisten S. Beck und A. Tschesnokow.

Hochbetrieb herrscht gegenwärtig auch auf der Tenne, wo das Getreide zur Aussaat vorbereitet wird. Es sind schon rund 6 800 Dezentonnen Saatgut für eine große Fläche gereinigt und eingelagert worden. Darüber hinaus sind in der Abteilung noch 10 700 Dezentonnen Saatgut zur Verkauf an andere Betriebe auf Lager. Dafür haben die Tennearbeiter J. Beck, N. Appel, W. Boshko und W. Novak gut gesorgt.

Nikolai IGOSCHEW
Gebiet Nordkasachstan
(TASS)

Bericht N. A. Nasarbajews

(Fortsetzung)

dreimal höher als in der gleichen Zeitspanne des vorhergehenden Jahres.

Die Hinwendung der Ökonomie zum Nöten und Belangen des Volkes hat sich vertieft. Wenn im vorigen Planjahr fünf im Jahresdurchschnitt 6,3 Millionen Quadratmeter Wohnfläche in Nutzung genommen wurden, so sind es im laufenden schon fast 8 Millionen Quadratmeter geworden. Auch die Nahrungsmittelerzeugnisse haben zugenommen: der Ankauf von Fleisch und Milch wuchs um 25 Prozent und die Getreideproduktion — um 16 Prozent. In diesen Jahren nahm die Konsumproduktion um 1,3fache und der Umfang der entgeltlichen Dienstleistungen — um 1,7fache zu.

In den Entwurf der politischen Plattform des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans zu den Rechenschaftslegungen und Wahlen in den Parteiorganisationen der Republik, zum XXVIII. Parteitag der Kommunistischen Partei Kasachstans und zum XXVIII. Parteitag der KPdSU, der bald zur Volksversammlung der Partei veröffentlicht werden wird, ist als ganz besonders die These vom Übergang Kasachstans und seiner Regionen zur Selbstverwaltung und Eigenfinanzierung hervorgehoben.

Es geht dabei um die ökonomische Souveränität. Dieses neue Wort wird nicht überall und nicht von allen richtig verstanden. Gestatten Sie mir, um hier volle Klarheit zu schaffen, einige Kennziffern anzuführen. 53 Prozent der auf dem Territorium der Republik tätigen Betriebe sind der Union untergeordnet, und 40 gehören zum Kompetenzbereich der Unions- und Republikministerien. Somit verfügen wir frei nur über 7 Prozent aller Betriebe. Außerdem nimmt die Entwicklung der extraktiven Zweige gegenüber der Leicht- und Nahrungsmittelindustrie die Oberhand. In der Struktur der Produktion, die wir ausführen, machen die Rohstoffe 70 Prozent aus. In vier Jahren brachte Kasachstan dem Land 3,5 Milliarden Rubel Valuta, erhielt jedoch aus diesen Geldern selbst fast nichts.

Eben darum brauchen wir Souveränität, sowie das Recht, über unseren Boden und sein Inneres frei zu verfügen, uns mit unserer Volkswirtschaft selbständig zu beschäftigen und uns zugleich dem uneingeschränkten, zuweilen widerständlichen Diktat des Zentrums zu widersetzen. Wird das uns aber nicht zur Abkehr von den durch die Zeit erprobten Werte der Unionsseinheit sowie vom Wesen des Internationalismus selbst führen? Umgekehrt, die in ökonomischer und kultureller Hinsicht starken Republiken werden auch die Union stark machen. Und ich bitte Sie um Unterstützung Genossen. Die Ideen der Souveränität sollen nicht nur von den Republikorganen, sondern vor allem von den Parteiorganisationen, von den Arbeitskollektiven ins Leben umgesetzt werden.

Von der Fähigkeit der Parteiorganisationen, die neue Politik der Partei durchzuführen, hängen die Autorität der gesamten Partei und entsprechend der Erfolg der Umgestaltung ab. Gerade die Parteiorganisationen müssen die Leninsche These neu erfassen und ins Leben umsetzen, wonach jede Parteizelle und jedes Parteikomitee der Arbeiter zu Stützpunkten für die Agitations-, Propaganda- und praktische Organisationsarbeit unter den Massen werden sollen.

Diese Aufgaben werden angesichts der Erhöhung der Selbstständigkeit und Aktivität der gesellschaftlichen und Eigeninitiativorganisationen um so komplizierter. Besonders akut steht die Frage der Überprüfung des Systems der Wechselbeziehungen. Wie soll man diese z. B. mit den Räten der Arbeitskollektive, mit den Gewerkschaftskomitees regeln? Heute stellen sie wirklich repräsentative Organe der Leitung dar, die praktisch alle Fragen im Leben des Kollektivs lösen. Ihnen tragen nicht nur die Administration, sondern auch die höherstehenden Wirtschaftsorgane, einschließlich der Ministerien, Rechnung. Es ist selbstverständlich, daß unter diesen Bedingungen das Herumadministrieren seitens des Parteikomitees, der Druck, das Kaderdurchschütteln und sonstige Methoden Anachronismen sind, die sich auf das Ansehen der Organisation negativ auswirken. Man darf nicht vergessen, daß die Einwirkung auf die Gemüter und Herzen der Menschen der Partelleitung zugrunde liegt. Gerade deswegen müssen die Beziehungen zu anderen gesellschaftlichen Organisationen auf den Prinzipien der Partnerschaft, des Dialogs und zuweilen auch des Kompromisses aufgebaut werden.

Eine der wichtigsten Funktionen der Parteiorganisationen ist die organisatorisch-politische Festlegung ihrer Reihen. Viele von ihnen stellen höhere Ansprüche an die in die Partei eintretenden Menschen sowie an die Bewertung ihres konkreten Beitrags zur Umgestaltung. Und das ist richtig so. Die Meinung der Arbeitskollektive wird vollständiger berücksichtigt. Auf offenen Parteiversammlungen wurden 90,5 Prozent der Aufnahmeanträge genehmigt.

Zugleich sind auch negative Tendenzen zu beobachten. Dafür gibt es unseres Erachtens zwei Gründe. Erstens trat eine solide Anzahl von Mängeln im Leben der Partei und unseres Landes ans Tageslicht. Daher ist das Ansehen des Parteimitglieds in den Augen eines Teils unserer Bürger, besonders der Jugend, gesunken. Der zweite besteht darin, daß die Parteiorganisationen den Verzicht auf die Reglementierung bei der Aufnahme in die KPdSU als eine Abkehr von der Zielbewußtheit und konsequenten Tätigkeit in dieser Richtung aufgeföhrt haben. Viele Jahre lang haben wir uns an die formalistischen Methoden gewöhnt und uns von der ersten mühseligen individuellen Kleinarbeit abgewöhnt. Auch das wirkt sich auf den Zustand der Republikparteiorganisation aus.

In der neuen Auffassung hat sich der Prozentsatz der Arbeiter verringert. In den Gebieten Aktjubinsk, Nordkasachstan, Dschambul, Taldy-Kurgan, beträgt ihr Anteil unter den Kandidaten der Partei 50,2 bis 51,8 Prozent, im Gebiet Alma-Ata — nur 31,3, in den Stadtbezirken Sowjetsk und Frunse von Alma-Ata — nur 8,8 und 16,5 Prozent.

Man fragt sich, wo denn die Räte für die Aufnahme in die KPdSU bleiben, die in letzter Zeit so aktiv gebildet und propagiert wurden? Wie wird die Erfahrung der Karagandaer Parteikomitees ausgewertet? Leider wurde die gute Initiative im Keim erstickt, bürokratisch abstrudum geführt. Räte gibt es aber sie arbeiten nicht, auch nicht im Gebiet Karaganda. Die Aufnahme der Arbeiter in die KPdSU hat sich hier um 6, der Kommunisten — um 11 und der Frauen — um 4 Prozent verringert.

Keine positiven Ergebnisse hat

vorläufig auch das Experiment in Dschambul gezeitigt. Wie Sie wissen, haben die dortigen Parteiorganisationen auf Beschluß des ZK der KPdSU ab 1. Oktober vergangenen Jahres das Recht erhalten, über die Aufnahme in die Partei, den Austritt oder die nachfolgende Bestätigung durch das Rayon- und Stadtpartei-komitee entgeltlich zu entscheiden. In den vier Monaten seit Beginn des Experiments ist die Zahl der in die Partei aufgenommenen Arbeiter der Menschen der nicht-angestammten Nationalität, der Frauen und Jugendlichen sprunghaft zurückgegangen. Die Fehler sowohl der Rayon- und Stadtpartei-komitees als auch der Sekretäre der Parteiorganisationen sind hier auch mit bloßem Auge ersichtlich. Den Vorschlag betreffs der Selbstständigkeit der Parteiorganisationen, Fragen der Aufnahme in die Partei enthält auch die Plattform des ZK der KPdSU. Ich denke, daß man ihn unterstützen muß, Erfolg kann jedoch nur als Ergebnis einer mühseligen, wohlüberlegten und zielgerichteten Arbeit kommen.

Die Festlegung der Partei ist nicht nur eine mechanische Vergrößerung der Zahl ihrer Mitglieder, Das Wichtigste, was wir benötigen, sind kampffähige Parteiorganisationen und aktive Kommunisten.

Im vergangenen Jahr sind 2 500 Kommunisten aus der Partei ausgetreten. Es sei daran erinnert, daß in diesem Zeitraum 2 100 Mann in die Partei eingetreten sind, die bestimmt darauf stolz sein werden, daß sie ihr Schicksal mit der Partei in einer für sie schweren Zeit verbunden haben. Doch der Austritt aus der Partei ist eine beunruhigende Erscheinung, die sowohl die Parteiorganisationen, als auch alle Kommunisten beunruhigt. Warum geschieht so etwas? Ist das etwa ein direktes Ergebnis der Umgestaltung?

Die Ausarbeitung neuer Herangehensweisen, neuen Denkens ist nicht leicht. Für viele ist dieser schmerzhafteste Prozeß im buchstäblichen Sinne des Wortes ein Drama von Ideen und Geschicken. Besonders leid tut es einem, wenn aus der Partei Kommunisten in vorgerücktem Alter mit langer Parteimitgliedschaft austreten. Diese Menschen sind unser Goldfonds. Sie haben eine ruhige Lebensschule durchgemacht und haben riesige Erfahrungen. Natürlich fühlen sie sich gekränkt, wenn manche alzu eifrige Publizisten die Geschichte unserer Partei und unseres Landes schwarzmalen und die Kommunisten der älteren Generation für die Fehler und Verzerrungen verantwortlich zu machen suchen, die die politischen Führer der vergangenen Jahre verschuldet haben. Das ist unfair und unehrlich, wenn wir die Schuld unseren Vätern und Großvätern zuschreiben. Die Achtung der älteren Leute und ihrer Lebenserfahrungen war zu allen Zeiten und bei allen Völkern ein Merkmal hoher Moral, und wir dürfen diese allgemeinschliche Norm des Verhaltens und der gegenseitigen Beziehungen nicht vergessen.

In der Plattform des ZK der KPdSU zum XXVIII. Parteitag wird im Abschnitt „Zur Erneuerung der Partei“ der Umdeutung des Prinzips des demokratischen Zentralismus ein zentraler Platz eingeräumt. Uns steht bevor, die Leninschen Normen des Parteilebens wiederherzustellen und einen solchen Mechanismus der Beziehungen zu schaffen, bei dem jedes Parteimitglied den Inhalt der Tätigkeit der Partei, die

Bildung der Wahlorgane bis hin zum ZK der KPdSU sowie die Bewertung ihrer Arbeit real beeinflussen könnte und des zuverlässigen Schützes seiner Rechte, seiner Ehre und Würde sicher wäre. Ein bedeutender Platz wird in diesem Zusammenhang der Gewährleistung des demokratischen Mechanismus der gegenseitigen Beziehungen zwischen den Parteiorganisationen und den übergeordneten Organen bzw. ihren Apparaten eingeräumt.

Das Februarplenum des ZK der KPdSU hat sich eindeutig für die Festlegung der Rolle der Parteiorganisationen bei den Angelegenheiten der Partei ausgesprochen. Sie sollen selbstständig ihre Struktur, ihr Aktionsprogramm, die Häufigkeit der Parteiversammlungen festlegen, die Rolle eines Verbindungsgliedes zwischen erwachender Zivilgesellschaft und dem Staat spielen sowie diese Beziehungen harmonisieren.

Man muß jedoch offen bekennen, daß die Perestrojka gerade in der Stufe der Parteiorganisationen auf der Stelle tritt. Worin das zum Ausdruck kommt? Vor allem in der Trägheit und im Fehlen der Initiative. Viele Sekretäre warten nach wie vor auf Anweisungen von oben.

Nicht selten noch haben die Parteiorganisationen keine große Einflußnahme in den Arbeitskollektiven, führen die politische und Organisationsarbeit hauptsächlich in ihrem engen Kreis durch, ohne sich in den Bereich der Beziehungen „Leiter — Kollektiv“, „Leiter — Parteikomitee“ einzumischen. Auch die übergeordneten Parteikomitees sind daran schuld.

Aktuell ist auch die Frage des Apparates der Parteikomitees. Es ist kein Geheimnis, daß der Parteiparapparat sogar nach der Reorganisation immer noch direkte Anweisungen den Wahlorganen und Grundstufen zu geben versucht. Wir sind der Ansicht: Wenn der Apparat der Parteikontrolle nicht qualitativ geteilt und strikt den Willen der Wahlorgane und der Sekretäre der Parteiorganisationen erfüllt, so ist er aufzulösen und ist ein neuer zu wählen. Das ist ihr Recht.

Wir müssen eindeutig sagen, daß der Parteiparapparat unentbehrlich ist. Man muß ihn vor unbegründeter Schändung schützen. Übrigens kommt keine einzige gesellschaftliche Vereinigung ohne den Apparat aus, zugleich gefällt das in anderen Organen nicht.

Auf die Erneuerung des Prinzips des demokratischen Zentralismus eingehend, seien einige Worte auch über die parteiliche Kollegialität — die höchste Form der Parteidemokratie — geäußert. Laßt uns der Wahrheit in die Augen schauen: Gibt es sie denn wirklich in unseren Reihen, und sind wir uns in der Auffassung der Kollegialität einig? Das gewinnt in der gegenwärtigen Etappe eine besondere Bedeutung.

Sehr oft bleibt der Mensch seinem Gewissen, seinen Sorgen und Zweifeln ganz allein überlassen. Kommt es denn oft vor, daß wir ihn danach fragen, uns mit ihm unterhalten oder ihn unterweisen, wenn er sie uns nicht mitteilen will? Kommt es denn oft vor, daß die Parteiorganisationen und ihr Sekretär sich für die Ehre und die Rechte eines Durchschnittskommunisten vor dem Rayonpartei-komitee, den Rechtsschutzorganen und schließlich vor seinen unmittelbaren Vorgesetzten einsetzen? Ich glaube, nicht oft. Dafür

aber gibt es Übergewicht Beispiele von Gleichgültigkeit der Kommunisten gegenüber ihren Kollegen.

Das Leben selbst diktiert, daß die Parteiorganisationen sich entschieden zu dem Menschen, zu seiner Psyche, zu seinen Belangen und Interessen hinwenden müssen.

Eine überaus wichtige Frage ist die aktive offensive Politik der Kommunisten auf Meetings, Versammlungen, in Fernseh- und Rundfunksendungen bzw. in der Presse. Die Parteifunktionäre kritisieren sehr oft die Massenmedien wegen der Entstellung der Linie der Partei, wegen der Ausfälle gegen den Marxismus-Leninismus, wegen unbedingter Schmäherung der historischen Vergangenheit. Zugleich erregen sie aber selbst sehr selten das Wort. Zur Zeit wird in der Republikparteiorganisation, beispielsweise über die Stellung und die Rolle der Parteiorganisationen, diskutiert. Und wer von ihnen hat in den Spalten der Republikpresse Stellung genommen? Nur sehr wenige. Dasselbe geht an der Basis vor sich. Wenn der Sekretär einer Parteiorganisation, dabei noch ein hauptamtlicher, seine Ansichten nicht zu vertreten vermag, nicht in der Presse auftritt, nicht diskutiert — weder auf Meetings noch auf Versammlungen — so ist das, mit Verlaub zu sagen, ein Bürokrat. Und seine Zeit ist vorüber.

Zum Tagesgebot sind die Zentralisierung der Parteistruktur, die Abschaffung unnötiger Verbindungsglieder zwischen dem ZK und der Parteiorganisationen, deren maximale Vereinfachung geworden. Sie selbst müssen entscheiden, welche Struktur besser ist: wieviel Abteilungsorganisationen, wieviel Parteigruppen es sein sollen. Heiß diskutiert wird in letzter Zeit beispielsweise die Frage, die Parteiorganisationen aus dem Produktionsbereich auszuschließen. Im Sowchos wird, sagen wir, vorgeschlagen, die Parteiorganisationen von Sowjets, Schulen, Bau- und Straßenbauabschnitten zu vereinen. Als möglich erscheint auch die Schaffung horizontaler Strukturen. Ich meine die Vereinigungen von Kommunisten nach zweckgebundenen, funktionalen, beruflichen und anderen Interessen.

Das Leben selbst bringt neue Initiativen hervor und Korrekturen in die bestehenden Strukturen ein. Man muß nur diese Änderungen wahrnehmen und alles Beste rechtzeitig in die Praxis der Parteiarbeit übertragen.

Eines der wichtigsten Probleme ist die Heranziehung der Parteiorganisationen zur Heranbildung der Kaderpolitik. Die Partei und ihr Apparat revidierend, gilt es, auf jene Funktionen der Wahl und des Kadersatzes zu verzichten, die von den Mitarbeitern des Apparats ausgeübt wurden. Und man muß zugeben, daß sie dieses Privileg sehr eifrig schützen. Die „Protokoll- und Nomenklatur“-Spielregeln sind bis heute äußerst zahlreich. Die Förderung von Kadern muß in den Parteiorganisationen beginnen und zwar unter Durchführung demokratischer Verfahren — der Wählbarkeit, der Alternativen, der Rechenschaftspflicht gegenüber dem Kollektiv, das die jeweilige Person gefördert hat, der Attestation usw.

Viele Genossen werfen mit Recht die Frage nach dem Status des Sekretärs der Parteiorganisation auf. Selbstverständlich ist ein diesbezügliches Dokument notwendig. Darin müssen exakt die Rechte und Pflichten des Sekretärs sowie die Maßnahmen seiner sozialen Geborgenheit festgelegt sein. In der Tat, womit muß sich der Partei-

sekretär heute nicht alles beschäftigen neben ausgesprochenen Parteifragen? Mit Ökonomik, sozialen Fragen und auch mit Ökologie. Er ist Rechtsanwalt, technischer Ausführender und sogar Betriebsmacher.

Es wäre bereits Zeit, seinen Tätigkeitsbereich strikt zu umreißen. Auch die Einschätzung dieser Tätigkeit gilt es zu revidieren. Früher gab es in dieser Hinsicht nur eine Kennziffer — die Ergebnisse der Wirtschaftstätigkeit. Das ist aber ein einseitiges Herangehen. Die Hauptsache ist der Zustand der gesellschaftlichen Aktivität der Kommunisten, die moralisch-politische Atmosphäre im Kollektiv, dessen Parteiorganisation der Sekretär anleitet.

Bekanntlich erwuchs auf dem Februarplenum des ZK der KPdSU erneut die Frage der Verlegung der Durchführungstermine des XXVIII. Parteitags. Der Beschluß, den Parteitag Ende Juni — Anfang Juli dieses Jahres durchzuführen, ist vor allem durch den Dynamismus der politischen Situation in der Partei und im Lande diktiert. Eine Verzögerung droht in diesem Fall, wie auf dem Plenum hervorgehoben wurde, mit Zurückbleiben, mit Einbuße der Initiative, sie würde sich unvermeidlich auf die KPdSU selbst und auf die Geschicke der von ihr eingeleiteten revolutionären Umwandlungen auswirken. Im Grunde genommen ist die Vorbereitung des XXVIII. Parteitags schon in vollem Gange, im Vorfeld des Parteitags hat sich in der Partei eine weitgehende Diskussion entfaltet.

Was den XVII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Republik betrifft, so hat die jüngste Plenartagung des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans den Vorschlag unterbreitet, ihn Anfang Juni dieses Jahres durchzuführen.

Es gilt, den Mechanismus der Bildung der Wahlorgane der KPdSU ernsthaft zu ändern und jedem Kommunisten, jeder Parteiorganisation das Recht einzuräumen, sich an der Formung der Wahlorgane aller Ebenen zu beteiligen. Wahrscheinlich wird es richtig sein, wenn wir im Laufe der bestehenden Berichtswahlversammlungen den Kommunisten, den Parteiorganisationen das Recht einräumen, Delegierte zu Gebietskonferenzen und Parteitagen nicht nur zu nominieren, sondern sie auch zu wählen.

Der Entwurf der „Delegiertenwahlordnung für den XXVIII. Parteitag der KPdSU“ ist veröffentlicht. Möglicherweise wird es auch andere Vorschläge geben. Wollen wir uns mal darüber beraten. Varianten werden die Plenartagungen der Gebietspartei-komitees wählen können. Solch eine Empfehlung des ZK der KPdSU liegt vor. Es gilt nur, eine einzige Bedingung zu befolgen — die Wahlen müssen eine Alternative bieten und die Abstimmung muß direkt und geheim sein.

Eine Demokratisierung und Verstärkung des Einflusses seitens der Parteimasse braucht auch der Mechanismus der Bildung kollektiver Parteiorgane. Die leitende Ordnung ihrer Wahl ist unter den Kommunisten gegenwärtig unpopulär. Daher wird es wohl notwendig sein, auf Versammlungen, Konferenzen und Parteitagen sich für die direkte Wahl von Sekretären der Parteikomitees zu entscheiden. Ich möchte mit Ihnen übrigens auch die Frage der Wahl von Mitgliedern der Rayon-, Stadt-, Gebietspartei-komitees und des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans erörtern.

Es wäre nur richtig, wenn gemäß der festgelegten Vertretungsquote die Mitglieder des Rayon-

und des Stadtpartei-komitees unmittelbar in den Parteiorganisationen, die Mitglieder des Gebietspartei-komitees — auf Rayon- und Stadtkonferenzen und die Mitglieder des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans — auf Gebietskonferenzen mit darauffolgender Bestätigung ihrer Vollmacht durch die Delegierten der entsprechenden Konferenzen und des Parteitags gewählt würden.

Solch eine Ordnung der Nominierung und Wahl wird ganz bestimmt mit der Praxis der Bildung von Parteikomitees nach Amtsmerkmalen Schluß machen, die Verantwortung der Gewählten vor ihren Parteiorganisationen haben und tatsächlich die Vorrangstellung des gewählten Organes gegenüber dem Apparat gewährleisten. Hier kann es auch andere Varianten geben. Ich hoffe, Sie werden sich auch zu dieser Frage äußern.

Das ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans erachtet es für zweckmäßig, im Laufe von zwei Monaten die Rechenschaftslegungen der Mitglieder und Kandidaten des ZK, sowie der Mitglieder der Revisionskommission der Kommunistischen Partei Kasachstans in den Parteiorganisationen durchzuführen.

Dem Parteitag der Kommunistischen Partei Kasachstans wird eine lebensnahe Berichtswahlkampagne vorausgehen. In den Grundorganisationen kann man damit bereits im laufenden Monat beginnen. Die Stadt- und Rayonkonferenzen werden im April, die Gebietskonferenzen im Mai dieses Jahres durchgeführt. Das wurde vom XIX. Plenum des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans festgelegt.

Nun einige Worte über das Finanzproblem. Unter den Bedingungen der sowjetischen Föderation erlangt die richtige Lösung der Frage der Selbstständigkeit der Kommunistischen Parteien besondere Bedeutung. Aber diese Selbstständigkeit kann nicht vollständig sein, bevor sich die Kommunistischen Parteien nicht selbst mit den notwendigen Mitteln versorgen.

Leider werden gegenwärtig 30 Prozent unserer Ausgaben aus dem Haushalt der KPdSU gedeckt. Hier nehmen unsere Probleme ihren Anfang.

Die erste Frage. Sollte man die Mitgliedsbeiträge von 3 auf 2 Prozent verringern? Der Vorschlag ist natürlich verlockend. Aber das verringert den Einnahmestück der Haushalte um 16 bis 20 Millionen Rubel. Zahlen sie dazu noch die 200 000 Rubel Zahlungsrückstände bei den Mitgliedsbeiträgen im Jahr. Einige Parteiorganisationen bitten darum, von 50 bis 70 Prozent der einlaufenden Beiträge in der Verfügung der Parteiorganisationen zu belassen. In diesem Fall werden dem Parteihaushalt laut Berechnungen 10 Millionen Rubel fehlen. Der Schluß ist von vornherein klar: wir kommen von den Dotationen nicht weg.

Wir sind tief davon überzeugt, daß Haushalt der Parteiorganisationen der Republik einheitlich sein muß. Das gibt die Möglichkeit, die Geldressourcen rationaler zu verausgaben, die Parteikomitees materiell-technisch zu versorgen, den Parteiorganisationen materielle und finanzielle Unterstützung zu gewähren.

Die Umgestaltung hat die Schaffung eines demokratischen Mechanismus auf die Tagesordnung gebracht, der auf der Funktionsstellung der Partei- und Staatsorgane basiert. Aber es ist schon heute klar, daß die Realisierung der Lösung „Alle Macht den Sowjets!“ langsam und widersprüchlich verläuft.

(Schluß S. 3)

Meinung eines Publizisten

Rechte der Nation und Rechte der Persönlichkeit: Was ist vorrangig?

Während der stürmischen Polemik um die nationalen Probleme, bei dem Überfluß an Argumenten historischen, politischen, ökonomischen und sozialen Charakters werden nicht selten — ob absichtlich oder nicht — die Kriterien übersehen, die eigentlich ständig im Blickfeld der Streitenden stehen sollten. Und zwar — die moralische Seite der Frage.

Dabei kommt es nicht selten dazu, daß die nationalen Werte, die in den Vordergrund rücken, die allgemeinschlichen Ideale in den Hintergrund drängen. Folglich wird das Problem der Rechte der Persönlichkeit in den Schatten geworfen: Denn die allgemeinschlichen Werte, obwohl sie allgemein sind, bekräftigen vor allem den Wert jedes Individuums als solchen und die Notwendigkeit der Gewährleistung seiner persönlichen Interessen und Freiheiten.

Ist der Mensch das Mittel oder das Ziel, nur ein „Schraubchen“ oder die „Krone der Schöpfung“? Diese Alternativen ziehen gerade die Grenze zwischen der totalitären „Denkweise“ und der Philosophie des Humanismus. Kann man etwa vergessen, wie die chauvinistischen Ideen, zur offiziellen Doktrin des Dritten Reiches Hitlers geworden, zum Verlust von Millionen Menschenleben auf Schlachtfeldern, in Gaskammern und in Konzentrationslagern führten? Oder wie die nationale Frage von Stalin „gelöst“ wurde, der nach der Jagd auf Volksfeinde „ganze „feindliche Völker“ zu ermitteln begann?

Allerdings brauchen keine weiten Reisen in die Vergangenheit unternommen zu werden, um bereite Beispiele zu finden. Ich will keine Parallelen ziehen, aber liefern etwa die tragischen Ereignisse in Transkaukasien kein anschauliches Beispiel dafür, zu welchem schrecklichen Folgen die Mißachtung der grundsätzlichen Rechte des Menschen um des Sieges der nationalistischen Konzeptionen willen führen kann? Auch wenn die gestellten Forderungen tausendmal gesetzlich und gerecht sind — kann denn das den verbrecherischen Mord friedlicher Bewohner rechtfertigen, deren Schuld nur darin besteht, daß sie der „feindlichen“ Nationalität angehören, eine andere Sprache sprechen und einen anderen Gott anbeten?

Heute wird viel von den Rechten der nationalen Minderheiten gesprochen. Diese Frage ist in manchen Fällen viel komplizierter als es auf den ersten Blick scheinen könnte. Die Esten stellen zum Beispiel zahlenmäßig eine unbedeutende Minderheit im Rahmen der ganzen Union, auf dem Territorium der Estnischen SSR aber bilden sie die Mehrheit. Zugleich ist die russischsprechende Bevölkerung in der Republik, die dort in absolutem Zahlenandruck gegenüber den estnisch Sprechenden eine Minderheit darstellt, in manchen Städten und Rayons Estlands am stärksten vertreten.

Wie sind in solch einer Situation die Sonderinteressen der sogenannten angestammten Bevölkerung abzusichern? Das ist keine leichte Aufgabe, und es

darf kaum als tadellos die Art der Lösung anerkannt werden, die simplifiziert auf die folgende Formel hinausläuft: „Da wir Esten in unseren Interessen lange Zeit geschmälert wurden, so dürfen wir jetzt die Interessen der eigenen Minderheit schmälern.“ Doch gerade in diesem Sinne gingen zuweilen die örtlichen Behörden vor, indem sie für die „nichtangestammten“ Bürger verschiedene Einschränkungen des Wahlrechts, der Besetzung der weniger Posten, der Anmeldung usw. einführten. Das verursachte Kränkungen, Konflikte, schürte die zwischenstaatliche Spannung...

Ein anderes Beispiel dieser Art wurde von M. S. Gorbatschow während seines jüngsten Aufenthalts in Litauen angeführt. „Wir wollen es erreichen“, sagte er, „daß der Mensch sich besser fühlt, und daß sich das auf alle ausbreitet. Erinnern Sie sich: Sobald in der Ukraine die Frage der russischen Sprache aufgeworfen wurde, so berührte das sofort die Interessen vieler Menschen. Aber Russen gibt es in der Ukraine 15 Millionen, das ganze Donbass ist russisch, Charkow ist russisch, auf der Krim leben 66 Prozent Russen. Wie Sie sehen, genügt es nicht, eine Lösung schlechthin zu proklamieren, sie muß auch noch gut überlegt sein.“

Mehr als 60 Millionen Bürger — das gleich der Bevölkerungszahl eines großen Staates — leben in der UdSSR außerhalb ihrer nationalen Territorien. Selbstverständlich kann sich niemand unter ihnen damit einverstanden

erklären, daß er aus diesem oder aus einem anderen Grunde als Mensch zweiter Sorte gilt. Es nimmt nicht wunder, daß gegenwärtig, wo man immer öfter die Aufforderungen mancher Republiken zum Austritt aus der UdSSR zu hören bekommt, diese Menschen um ihr Schicksal und um die Zukunft ihrer Familien besonders besorgt sind.

In der Tat, die Realisierung des Rechts der Nationen auf Selbstbestimmung bis zum Austritt aus der Union darf in keiner Weise der Gewährleistung der in der Verfassung verankerten mannigfaltigen Rechte für die Bürger des Landes zuwiderlaufen.

Daher geben sich diejenigen nationalistisch gesinnten Funktionäre grundlosen Illusionen hin, welche hoffen, daß sie werden gehen können, und dabei die Tür hinter sich zuknallen. Keinerlei Austritt kann Realität werden, wenn nicht jedem Bürger die Möglichkeit der freien Wahl gewährt wird — die UdSSR zu verlassen, oder in ihr zu bleiben. Falls er sich für das Verbleiben in der UdSSR entschließt, so muß ihm das Recht abgesichert werden, Arbeit und Wohnung statt der elingebüßten zu bekommen, und zwar auf Kosten der den Austritt beantragten Republik. Die gesetzgebenden Mechanismen, die verschiedenen Aspekte solcher Situationen zu regeln haben, sollen bald dem Obersten Sowjet der UdSSR zur Erörterung unterbreitet werden.

Die Völker sind keine abstrakten mathematischen Mengen, sie bestehen aus einzelnen Menschen — Männern, Frauen und Kindern. Vom Schutz der Rechte der Minderheiten sprechend, darf nicht vergessen werden, daß ihr kleinster Teil gerade dieser einzelne Mensch ist, und ohne Berücksichtigung seiner Sorgen und Hoffnungen sind keinerlei nationale Harmonie, kein geistlicher oder materieller Fortschritt möglich.

Wladimir RESNITSCHENKO, politischer APN-Kommentator



Das Kollektiv der Brennstoffabteilung im Pawlodarer Bahnbetriebswerk darf sich hoher Produktionskennziffern rühmen. Tonangebend im sozialistischen Wettbewerb sind die Veteranen — die Nachwuchsausbilder, die über reiche Berufserfahrungen verfügen, sehr produktiv arbeiten und nie Ausschuß liefern. Ein gleiches fordern sie auch von den jüngeren Kollegen. Besondere Verpflichtungen legt dem Kollektiv die Arbeit in einheitlichem Auftrag auf. Hier ist es unzulässig, daß einzelne Kräfte restlos einsetzen, ein anderer aber herumdrückt. An jeden werden ernste Anforderungen gestellt.

Unser Bild: Die Reparaturschlosser für Brennstoffanlagen A. Harfelder und A. Tarasow.

Foto: Johann Schwarz

„Saporoshez“ zu einem halben Preis

Eine beträchtliche Einsparung verspricht dem Familienhaushalt der Stadteinwohner die Handelsniederlassung des „Kaskultorg“ in Schwetschenko, die den Ausverkauf von Waren zu ermäßigten Preisen bekanntgab. Die Großhändler beschlossen, die sich auf den Lager, angehäuften illiquiden Bestände loszuwerden, verschiedene Defekte, unvollständige Komplettierung, Ablebung der vor 1987 hergestellten Erzeugnisse durch die Verkaufsstellen — das alles trug mit zum Entschluß der Leitung der Handelsniederlassung bei. Die PKW „Saporoshez“ werden hier zu einem Preis von 2 000 Rubel realisiert, die Fotoapparate werden ebenfalls zu halben Preisen verkauft. Verhältnismäßig billig können auch Fernsehgeräte, Fahrräder und Plattenspieler erworben werden. Angesichts des allgemeinen Warendefizits finden die illiquiden Bestände guten Absatz. Der ursprüngliche Wert der Waren, die nun zu ermäßigten Preisen realisiert werden, belief sich auf 80 000 Rubel, der gegenwärtige ist nur halb so hoch. Doch im Vorteil bleiben beide Seiten.

(KasTAg)

Bericht N. A. Nasarbajews

(Schluß)

Erstens haben die Parteilorganisationsorgane von den traditionellen Direktiv- und Weisungsmethoden der Leitung der Volkswirtschaft abzugehen, aber die Sowjets- und Exekutivorgane entscheiden sich, besonders in den Städten und Rayons, noch nicht immer dazu, alles auf sich zu nehmen, was sie als Machtorgane verwirklichen müssen. Außerdem sind nicht alle Parteikomitees dazu bereit und geben die reale Macht an die Sowjets nicht ab.

Zweitens, wie Ihnen bekannt ist, wird jetzt der Gesetzentwurf „Über örtliche Selbstverwaltung und örtliche Wirtschaft“ erarbeitet, aber wir haben, ohne dessen Annahme abzuwarten, begonnen, den Übergang der Territorien zur wirtschaftlichen Rechnungsführung und Selbstverwaltung vorzubereiten. Das fordert eine ernsthaftige Unterstützung und Kontrolle seitens der Parteiorgane aller Ebenen. Die Parteilorganisationsorgane müssen vor allem die Anforderungen an die in den Sowjets tätigen Kommunisten erhöhen, damit sie Beispiele hoher Verantwortlichkeit für die ihnen übertragenen Sache liefern. Es ist ihre Parteilicht, in den Sowjets die Linie der Partei zu vertreten. Genossen, wir sollten doch überhaupt übereinkommen: Die politische Leitung in den Sowjets sowie auch in anderen Organisationen muß von den Parteilorganisationsorganen, von den

dort arbeitenden Kommunisten verwirklicht werden. Das wird richtig sein.

Wie Ihnen bekannt ist, hat sich das ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans dafür ausgesprochen, daß die Zusammenlegung der Funktionen des Sekretärs des Parteikomitees und des Vorsitzenden des Sowjets nicht unbedingt notwendig ist. Aber die Deputierten haben den Parteiführern Vertrauen geschenkt, und lediglich in neun Stadt- und Rayonsowjets sind diese Funktionen heute nicht vereint. Es gibt ebenfalls Beispiele dafür, daß auch Sekretäre der Parteilorganisationsorgane Vorsitzende der Dortsowjets geworden sind.

Die Wahlen zu den örtlichen Sowjets der Volksdeputierten sind für uns eine ernste Prüfung und haben in konzentrierter Form unsere starken und schwachen Seiten aufgezeigt. Ihr Hauptergebnis besteht darin, daß die Werktätigen der Republik den politischen Kurs der Partei, ihre Plattform unterstützen.

In den bis zu den Wahlen der Volksdeputierten der Kasachischen SSR verbleibenden Tagen steht uns bevor, den Einfluß der Partei auf die Bildung der öffentlichen Meinung zu verstärken, und gegen beliebige Arten von Karrieristen und Demagogen offen aufzutreten.

Jede Parteilorganisationsorganisation muß entscheiden, wen sie un-

terstützen und gegen wen sie propagieren wird. Es ist sehr wichtig, ein leistungsfähiges, denkfähiges und kompetentes Organ der Republik zu bilden, um die Perestrojka auf konstruktive Weise voranzubringen. Dabei rechnen wir sehr mit Ihnen, mit Ihrer Hilfe.

Wir bitten, eine besondere Beachtung der Unterstützung der Deputiertenkandidaten aus der Arbeitermittel zu schenken. Uns beunruhigt erstlich die Tatsache, daß es sehr wenige von ihnen unter den Nominierten gab und noch weniger unter den Gewählten geben wird. Ich sage es aufrichtig, zur Bildung des Arbeiterkerns im Obersten Sowjet müssen wir die Arbeit zu ihrer Unterstützung konkretisieren und die Propaganda für sie verstärken. Das wird aber in den Arbeitskollektiven nicht immer richtig verstanden. Manchmal wird das Zurückziehen einer Kandidatur durch einen leitenden Funktionär von den Menschen als dessen Furcht gewertet, den Kampf im Wettbewerb mit dem Arbeiter zu verlieren. In den meisten Fällen ist dem nicht so. Wir bitten Sie, solche Erscheinungen in Ihren Arbeitskollektiven geduldig zu erläutern.

Heute gibt es viele Formen der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften von Grund auf zu überprüfen. In erster Linie muß man auf Direktanweisungen über konkrete Fragen ihrer Tätigkeit verzichten, ganz zu schweigen

von der Einmischung in operative Arbeit.

Es ist notwendig, bei den Beziehungen zwischen der Partei und dem Komsomol Klarheit zu verschaffen. Ich bin der Meinung, daß das Problem der Selbstbetätigung und Selbstständigkeit des Komsomol heute nicht ganz exakt und tiefgehend gedeutet, ohne Begründung besonders betont und zugespielt wird. Denken Sie sich nur hinein, Genossen: Wenn es um den kommunistischen Jugendverband geht, so muß er selbstverständlich auch weiterhin den Idealen der KPdSU leben und die Zukunft der Partei bilden. Die Beziehungen zwischen Partei und Komsomol darf man nicht mit dem ganzen Problemerkreis der Jugendpolitik der KPdSU gleichstellen. Das ist lange nicht dasselbe. Der Komsomol kann fast alle Jungen und Mädchen objektiv nicht vereinen: Wir haben allzulang gewünscht für Tatsächliches ausgegeben.

In letzter Zeit nimmt die Zahl der Gruppen und Vereinigungen zu, die die ganze Vielfalt der gesellschaftlichen Interessen widerspiegeln. Das hat die Arbeit der Parteilorganisationsorgane erschwert und die schlechte Vorbereitung vieler von ihnen zur Arbeit unter den Bedingungen politischer Wandlungen vor Augen geführt. Die sogenannten „informellen“ selbstständigen Vereinigungen sind nicht über Nacht und nicht von selbst entstanden. Unter den Gründen,

die ihre Aktivierung herbeiführen, sind vor allem diejenigen Erscheinungen zu nennen, die auf die Stagnationsperiode zurückgehen. Die Extreme in der Entwicklung der selbsttätigen Bewegung sind die Reaktion auf Formalismus und Bürokratismus in der Arbeit mancher staatlicher und gesellschaftlicher Organisationen, auf die Krisenschemelungen in Ökologie und Kultur.

All das stellt neue Anforderungen an die ideologische Arbeit der Parteilorganisationsorgane, jedes Kommunisten und veranlaßt sie, die Grundlagen der politischen Methoden der gesellschaftlichen Leitung zu erlernen.

Wir benutzen bis jetzt das Arsenal der ideologischen Mittel, die in der Stagnationsperiode ausgearbeitet und praktisch erprobt worden sind. Zu den Menschen gehen dieselben Lektoren, Politinformatoren, Agitatoren, Propagandisten und Lehrmeister. Es wäre ja gut, wenn sie auch kämen, denn die Effektivität und die Qualität dieser Arbeit wird nach wie vor durch die Zahl der ausgestellten Scheine und der Berichterstattungen bewertet.

Eine überaus wichtige andere Frage sind die zwischennationalen Beziehungen. In unserer Arbeit leben Vertreter von über 80 Nationalitäten. Das Wichtigste ist jetzt die Hebung der Verantwortung jedes Volkes für das Schicksal der Umgestaltung. Wir sind tief davon überzeugt, daß der Weg zu wahren Internationalismus, zum Erfolg der revolutionären Umwandlungen nur auf der Grundlage der tiefen Achtung des Nationalen und der prinzipiellen Negierung des Chauvi-

nismus und des Nationalismus möglich ist. Die ideologische Arbeit braucht Umgestaltung auf eine solche Weise, damit schon der Prozeß der Erziehung zu Patriotismus und Internationalismus selbst sowohl im nationalen Nihilismus als auch die nationale Isoliertheit ausschließt und die Menschen lehre, zwischennationalen Interessen und deren nationalitätsstimmigen Verzerrungen zu unterscheiden. Man muß sowohl in den Arbeitskollektiven als auch in den Wohnorten eine solche gesellschaftliche Atmosphäre schaffen, in der sich ein Mensch beliebiger Nationalität, der in unserer Republik lebt und arbeitet, als Gleicher unter Gleichen fühle.

Der Kreis der Sorgen der Parteilorganisationsorgane ist außerordentlich breit; die Kader und die Erziehung der Menschen, die Produktions- und Sozialprobleme. Deshalb muß man vollständig diejenige Chance ausnutzen, die dem Entwurf der Plattform des ZK der KPdSU zugrunde liegt.

Um die Rolle der Parteilorganisationsorgane und die Festigung ihrer gegenseitigen Beziehung zu haben, wäre es wohl zweckmäßig, einen Republikrat der Sekretäre der Parteilorganisationsorgane zu bilden. Zu seinen Aufgaben würde die Mithilfe bei der Festigung und Entwicklung der Prinzipien des demokratischen Zentralismus, beim Erfahrungsaustausch zwischen den Parteilorganisationsorgane, die Durchführung von Diskussionen, Rundschgesprächen und die Organisation der Teilnahme der Sekretäre von Parteilorganisationsorgane an der Arbeit der Presse, des Rund-

funks und Fernsehens gehören. Der Rat könnte einen realen Einfluß auf den sozialen Schutz der Sekretäre der Parteilorganisationsorgane ausüben, Anträge und konkrete Vorschläge auf allen Ebenen der Parteilorganisationsorgane der Republik vorbringen und eine direkte Verbindung mit dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Kasachstans über alle Probleme gewährleisten, die in den Parteilorganisationsorgane auftauchen. Wenn Sie diesen Vorschlag unterstützen, so wollen wir über die Zusammensetzung des Rates nachdenken. Man könnte ihn nach der Berichtswahlkampagne bilden. Was die personelle Zusammensetzung betrifft, so könnte zu Ratsmitgliedern Kommunisten werden, die von den Geblätsräten der Sekretäre empfohlen werden.

Genossen, abschließend fordere ich Sie zu einem offenen, prinzipiellen und konstruktiven Meinungsaustausch auf. Eine engagierte Aussprache ist nicht nur für eine allseitige Einschätzung der Lage in den Parteilorganisationsorgane, sondern, und das ist das Wichtigste, auch für die Ermittlung der Wege zur Verstärkung des parteilichen Einflusses auf den Verlauf der Umgestaltung und für die Verleihung eines größeren Dynamismus unserer Arbeit notwendig.

Ihre Wünsche und Vorschläge, Ihre kritische Ansprache werden hoffentlich helfen, den Stil der Tätigkeit des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans und der ganzen Republikparteilorganisationsorgane zu verbessern und ihre Effektivität zu heben.

PANORAMA

Die DDR im Wahlkampf

Die DDR ist in eine gänzlich ungewohnte Situation geraten. Wahlkampf ist angesagt. Während sich der von der SED dominierte „Demokratische Block“ 40 Jahre lang lediglich an eine 100prozentige Zustimmung zur Einheitsliste heranmogeln wollte, wettfeiern nun erstmals Parteien und Bewegungen nach dem Vorbild bürgerlicher Demokratien um die Gunst des Wählers und natürlich die Macht.

Der Wahlkampf Ost unterscheidet sich allerdings recht wesentlich vom Wahlkampf West, obwohl zahlreiche Politiker der Bundesrepublik ihre gut trainierte Rhetorik in den Dienst verschiedener Parteien und Bündnisse stellen. Diese Hilfe von Brandt, Kohl, Waigel, Genscher und anderen wird vor allem der SPD, der „Allianz für Deutschland“ (SDU, DA und DSU) und dem „Bund freier Demokraten“ (LDP, F.D.P. und DFP) zuteil. Diese werden auch recht großzügig mit Werbematerial, technischen Ausrüstungen, allem Computern und Vervielfältigungstechnik, sowie Papier bedacht. Die Grünen gewähren ihrer Schwesterpartei und den nach ihren Worten „Hauptträgern der ersten Phase der Revolution“, der Initiative Frieden sowie dem Unabhängigen Frauenverband und der Vereinigten Linken, Unterstützung, wollen sich aber an den Beschluß des runden Tisches halten und ihre Politiker nicht als Wahlkampflokomotiven in die DDR schicken.

Der „Bund freier Demokraten“ beispielsweise erhält von den westlichen Liberalen Plakate, Aufkleber und ähnliches im Wert von 500 000 DM. Er ist übrigens das einzige Bündnis, das nach den Wahlen nicht nur zusammenbleiben sondern gar mit der West-F.D.P. in eine gemeinsame Partei einmünden will, als Motor für die deutsche Einheit sorgen und so fungiert F.D.P.-Fraktionsvorsitzender Mischick

derweil schon mal als Vorsitzender des Koordinierungsausschusses des „Bundes freier Demokraten“.

Wenn man von der westlichen Unterstützung für die genannten Parteien mit leuchtenden Sonnenstrahlen, Tragetaschen, Handzetteln, Fächerchen, Luftballons für die Kinder, Aufklebern und Stickers absteht, nimmt sich die Materialschlacht im DDR-Wahlkampf eher bescheiden aus. Vielleicht liegt es auch daran, daß Plakate – obwohl oft zu zehntausenden oder gar in Millionenhöhe gedruckt – keine allzgroßen „Überlebenschancen“ haben. Kaum geklebt, werden sie vom „Gegner“ abgekratzt, überklebt oder überpinselt. Keine Zierde für Hauswände, Haltestellen und gar Büme. Extra aufgestellte Werbeflächen gibt es bislang kaum, die Kultur des Streits und die Toleranz für Andersdenkende müssen erst noch geübt werden.

Über die Wahlkampf-Etats äußert sich kaum jemand genau, viele gar nicht. Ausnahmen sind die PDS, die ihn mit fünfeinhalb Millionen, das „Bündnis 90“, das ihn mit einer Million, die SDU, die ihn mit bis zu 1,5 Millionen, die Vereinigte Linke, die ihn mit 200 000 Mark beziffert. Die BRD – gemeinsam mit NNDP und PDS eine der drei „Altparteien“, die keine westliche Unterstützung genießen oder anstreben – benennt den Etat mit weniger als einer Viertel Million. Die SPD bezifferte die bisherigen Ausgaben mit 500 000 Mark. Die neuen Parteien und Bewegungen, die am runden Tisch sitzen, erhalten vom Ministerrat einen Kredit in Höhe von 250 000 Mark, der allerdings nicht nur für den Wahlkampf verwendet werden kann. Besonders verärgert ist in dieser Richtung die DSU, die, relativ spät gegründet, keinen Platz mehr am runden Tisch und damit keine Gelder aus dem Staatssäckel erhalten hat. Sie wird dafür offensichtlich von ihrer bayri-

Ein Augenzeuge sagt aus

Im Tokioter Klub für ausländische Journalisten fand eine Pressekonferenz statt, an der William Lain, ein ehemaliger Marineoffizier, teilnahm. Er hatte an Bord des Flugzeugträgers „Tikonderoga“ gedient; im Dezember 1965 hatte dieses Schiff an der Küste Japans eine H-Bombe mit einer Megatonne Kapazität „verloren“.

Die vom Augenzeugen dieses Ereignisses gemachte Erklärung rief ein kolossales Interesse bei der japanischen Presse und den Massenmedien hervor. Die Sache ist die, daß die Seestreitkräfte der USA und das Weiße Haus eine lange Zeit die Information über diesen Vorfall verschwiegen. Erst 1981 gestanden sie diese Tatsache. Unter anderem erklärten sie, daß die Bombe vom Bord der „Tikonderoga“, dem Jagdbombenflugzeug A-4E „Skyhook“, 800 Kilometer vom Küstenstreifen entfernt „entglitt“.

Die amerikanischen Behörden präzisierten jedoch nicht, welches Land sie unter dem „Küsten-

Ein Augenzeuge sagt aus

streifen“ meinten. Wie es unlängst bekannt wurde, tauchte die Bombe 800 Kilometer von der Küste Chinas unter, aber nur 110 Kilometer von der nächsten japanischen Insel und 320 Kilometer von Okinawa entfernt. Das rief in Japan einen Schock hervor, da der Flugzeugträger zu jener Zeit im Hafen Yokosuka angemeldet war. Das war ein Beweis für die Ausnutzung des Territoriums Japans als Atomstützpunkt von der amerikanischen Armee in dieser Region trotz des strengsten Verbots der Einfuhr von Kernwaffen durch die japanischen Gesetze.

William Lain präzisierte das Datum des Vorfalls – 5. Dezember, sowie das Bild des Absturzes des Flugzeugs mit der Bombe an Bord in das Ostchinesische Meer. Seine Aussagen begleitete Lain durch erläuternde Zeichnungen.

Im Bild: William Lain während der Pressekonferenz in Tokio.

Foto: TASS

Ein Augenzeuge sagt aus

streifen“ meinten. Wie es unlängst bekannt wurde, tauchte die Bombe 800 Kilometer von der Küste Chinas unter, aber nur 110 Kilometer von der nächsten japanischen Insel und 320 Kilometer von Okinawa entfernt. Das rief in Japan einen Schock hervor, da der Flugzeugträger zu jener Zeit im Hafen Yokosuka angemeldet war. Das war ein Beweis für die Ausnutzung des Territoriums Japans als Atomstützpunkt von der amerikanischen Armee in dieser Region trotz des strengsten Verbots der Einfuhr von Kernwaffen durch die japanischen Gesetze.

William Lain präzisierte das Datum des Vorfalls – 5. Dezember, sowie das Bild des Absturzes des Flugzeugs mit der Bombe an Bord in das Ostchinesische Meer. Seine Aussagen begleitete Lain durch erläuternde Zeichnungen.

Im Bild: William Lain während der Pressekonferenz in Tokio.

Foto: TASS

Vereinbarungen von Gbadolite sind nicht der einzige Weg zum Frieden in Angola

Angesichts des in die Sackgasse geratenen afrikanischen Friedensplanes von Gbadolite prüfe die Regierung in Luanda gegenwärtig andere Wege zur Beendigung des seit mehr als 14 Jahren dauernden Bürgerkrieges in Angola. Das erklärte der Präsident des südafrikanischen Landes, Jose Eduardo Dos Santos, zur Eröffnung einer Parlamentarstagung in der Hauptstadt. Er verwies darauf, daß das Treffen des aus acht afrikanischen Staaten bestehenden sogenannten Angolakomitees mehrfach verschoben wurde. Einzelheiten zu den anderen Lösungsvarianten des Konflikts mit der oppositionellen UNITA würden nach den Worten des Präsidenten später bekanntgegeben.

Dos Santos sagte, andauernde militärische Auseinandersetzungen zwischen UNITA und den Volksbefreiungskräften (RAPLA) verzögerten den nationalen Wiederaufbau und verschärfen die ökonomische und finanzielle Lage des Landes beträchtlich. Deshalb sei ein geachteter und dauerhafter Frieden in Angola vorrangiges Ziel seiner Regierung. Als entscheidende Voraussetzung forderte Dos Santos erneut die USA auf, ihre offene Einmischung in die innerangolanischen Angelegenheiten sowie die wachsende militärische und diplomatische Unterstützung für die UNITA einzustellen.

Die Beilegung der inneren Konflikte in Angola und Mocambique sowie die endgültige Beseitigung der Apartheid in Südafrika sind nach Auffassung des angolanischen Staatsschefs die entscheidenden Voraussetzungen für die Schaffung eines Klimas des Vertrauens und des Friedens im Süden Afrikas und damit Grundlage für eine Zusammenarbeit aller Staaten der Region zum gemeinsamen Vorteil. Das südliche Afrika verfüge über enorme, bislang noch unerschlossene materielle Ressourcen, die gemeinsam zum Wohle der Völker genutzt werden sollten.

Das kleine nahöstliche Königreich steckt in einer Wirtschaftskrise, die am deutlichsten von derzeit 8,1 Milliarden Dollar Auslandsschulden – bei nur 3,5 Millionen Einwohnern eine der höchsten Pro-Kopf-Verschuldungen der Welt – charakterisiert wird. Die Rückzahlung wird 1990 schätzungsweise 28 Prozent aller Erlöse aus dem Waren- und Dienstleistungsexport verschlingen. Für die kommenden Jahre rechnet man mit ähnlichen Relationen.

Im Staatshaushalt klappt ein Defizit von rund 200 Millionen jordanischen Dinar (etwa 300 Millionen Dollar), das sind 16 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Zwar will Jordanien gemäß einem im Vorjahr mit dem Internationalen Währungsfonds ausgehandelten Sparprogramm das Budgetloch bis 1993 auf 3 Prozent des BIP verkleinern und dazu unter anderem die Exporte ankurbeln, aber ohne Auslandshilfe kann es seine Wirtschaft nicht in Gang halten.

Die Ostaaten der Arabischen Halbinsel sind offensichtlich bereit, die nötigen Mittel zu geben, um die politische Stabilität der Monarchie nicht aufs Spiel zu setzen. 1989 bekam Amman 200 Millionen Dollar Zuwendungen aus Ku- und 80 Millionen aus Abu Dhabi. Nach den jetzigen Besuchen König Husseins werden ähnliche Summen erwartet. Um die jordanische Währung zu stützen, vereinbarten Saudi-Arabien, Kuwait, Katar, Oman und die Vereinigten Arabischen Emirate einen 300-Millionen-Dollar-Fonds. Jordanien will auch die Arbeitsplätze seiner Bürger in den Golfstaaten gesichert sehen, denn deren Überweisungen sind eine tragende Säule des Etats. Folglich läuteten die Alarmglocken, als die Transfers in den vergangenen 2 Jahren dramatisch zurückgingen.

Ringens um Wählerstimmen auch in den USA

Auch in den USA gibt es in diesem Jahr Wahlen, und der Wahlkampf ist schon entbrannt, obwohl das Votum erst für den 6. November angesetzt ist. An diesem „ersten Dienstag nach dem ersten Montag im November“, so schreibt es ein Gesetz aus dem Jahre 1845 vor, wird über 36 der 50 Gouverneursposten und 6 257 Sitze in den Parlamenten der 50 Bundesstaaten abgestimmt. Neu zu wählen sind auch alle 435 Abgeordneten des USA-Repräsentantenhauses und 34 von 100 Mitgliedern des Senats der Vereinigten Staaten.

Das Mandat eines Abgeordneten des Repräsentantenhauses erstreckt sich über zwei Jahre, das eines Senators über sechs Jahre. Wahlen für die Besetzung eines Drittels der Senatsmandate finden alle zwei Jahre statt.

Mit Beginn des Wahlkampfes klagten sich auch wieder die Medien über die allgemein geringe Wahlbeteiligung. Sie liegt schon seit vielen Jahren nur wenig über 50 Prozent. Zumeist werden die Registrierungsbedingungen dafür verantwortlich gemacht. Zwar sind die Zeiten vorbei, da die Eintragung in die Wählerlisten mit einem Wissenstest verbunden war, doch haben alle Modifizierungen des Registrierungssetzes keine spürbare Veränderung zur Folge gehabt. Die letzte, im Februar von Repräsentantenhaus und Senat beschlossene Vereinfachung er-

laubt beispielsweise, daß derjenige, der sich an der Abstimmung beteiligen will, nicht mehr persönlich zur Registrierung erscheinen muß, sondern seinen Namen per Brief auf die Liste setzen lassen kann.

Die „New York Times“ steht zwar in diesen Bemühungen eine gute Absicht, denn, so meint sie, wo bleibt eigentlich die demokratische Legitimation, wenn sich nur eine Minderheit zur Beteiligung an Wahlen bereitfindet. Die Ursache für das anhaltende Desinteresse vieler USA-Bürger an Wahlen glaubt das Blatt jedoch woanders suchen zu müssen: Viele seien der Ansicht, daß man kaum Unterschiede zwischen den meisten Kandidaten der Demokratischen und der Republikanischen Partei und ihren Programmen erkennen kann. Außerdem seien die Wahlkampagnen zu lang und der Wahlkampfstil von Kandidaten zuweilen abstoßend.

Geringe Wahlbeteiligung, sinniert die „New York Times“, könne auch Ausdruck dafür sein, daß die Regierung keine Antwort auf die Probleme der Bürger gibt. Und schließlich gebe es noch einen Grund: Ein korrumperendes Finanzierungssystem für den Wahlkampf verhalte immer wieder denselben, altgedessenen Abgeordneten zum Erfolg. Diesmal stünden schon bei mindestens 30 bis 40 Sitzen des Repräsentantenhauses die Steger faktisch fest.

Kongo braucht wieder mehr Bauern

Ausländern, die sich für die Entwicklung der kongolesischen Landwirtschaft interessieren, wird in Brazzaville von offizieller Seite gern empfohlen, einer Versuchsfarm unweit der Hauptstadt einen Besuch abzustatten.

Nach rund zehn Kilometern auf Asphaltstraße biegt der Fahrer des Landrover plötzlich links ab. Auf holpriger rotbrauner Piste geht es leicht bergan weiter, bis uns ein großes Tor die Weiterfahrt versperrt. „Agri-Congo“ kündigt eine Schaufel weithin sichtbar. Wir befinden uns auf dem Kombe-Plateau. Ein Videofilm gibt dem Besucher zunächst einen ersten Überblick über Entstehens und Aufgaben dieses Pilotprojektes.

Die Versuchsfarm wurde Anfang 1986 als Aktiengesellschaft mit Beteiligung des kongolesischen Staates und der französischen Erdölgesellschaft Elf-Congo gegründet. Bei der Anlage des Kombe-Plateaus rund um die Hauptstadt Brazzaville, der auch Viehfutter bereitstellen und Betriebe zur Verarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten beliefern soll, fällt „Agri-Congo“ eine besondere Rolle zu.

Gegenwärtig liegt der jährliche Gemüseverbrauch der etwa 800 000 Hauptstädter bei 20 000 Tonnen. Das Eigenaufkommen dazu beträgt bislang lediglich 2 000 Tonnen. Alles andere muß importiert werden.

Von Jahr zu Jahr steigende Nahrungsmittel-Einfuhren ver-

schlingen einen immer größeren Teil der Devisen-Erlöse des zentralafrikanischen Landes. Weil die nationale Agrarproduktion rückläufig ist, erhöht sich die Importe von 33 Milliarden Franc 1982 auf 70 Milliarden 1986. Die Landluft hat bedrohliche Ausmaße angenommen. Heute ist in Kongo nur ein Drittel der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt, im Nachbarland Kamerun sind es 80 Prozent.

Vom Verwaltungssitz der Farm mit angrenzenden Werkstätten streift der Blick ins Tal, wo exakt angelegte kleine Felder und Gemüsebeete ins Auge fallen. Sie werden von privaten Kleinbauern bewirtschaftet.

Während die Gemesegärtner über 1 000 Quadratmeter Land verfügen, stehen für den Anbau tropischer Kulturen wie Maniok und Bananen zwischen vier und fünf Hektar zur Verfügung. Ein wasserzweigtes Leitungsnetz mit Wasserrohren an den Zapfstellen ermöglicht es den Bauern, ihre Felder jederzeit zu bewässern, und zwingt sie dabei zu sparsamem Umgang mit dem raren Naß, denn die Wasserentnahme ist nicht kostenlos. Wenn es um verbesserte Anbaumethoden geht, um die Bodenfruchtbarkeit oder um die fachgerechte Verwendung von Düngemitteln und Insektiziden, können die Bauern stets auf den Rat der ausgebildeten Agronomen der Musterfarm zählen.

In kleinen Werkstätten werden landwirtschaftliche Geräte repariert wie auch für den Verkauf hergestellt. Hier können die Bau-

ern aus der näheren und weiteren Umgebung zu relativ niedrigen Preisen alles erwerben, was sie zur Bestellung ihrer Felder und Beete sowie zur Ernte brauchen. Die Gerätschaften und kleinen Maschinen sind durchweg für den Handbetrieb gedacht, weil es auch in Kongo nicht überall oder zu jeder Zeit Strom gibt. Durch den Verkauf ihrer Agrarprodukte, von Vieh-Dung und Fleisch auf den Märkten von Brazzaville erwirtschaften die Bauern ein monatliches Durchschnittseinkommen von 60 000 bis 200 000 Franc. Ein Oberstufenlehrer verdient – dies als Vergleich – etwa 80 000 Franc im Monat.

In einer kleinen Produktionsstätte sind Frauen dabei, die auf ihren Feldern geernteten Maniokwurzeln zu verarbeiten. Als Endprodukt entsteht eine küchenfertige weiße Maniokpaste, die in Plastfolie zu kleinen Päckchen abgefüllt, gern von den Hausfrauen in der Stadt gekauft wird. Ein anderes Produkt von „Agri-Congo“ koste ich zum Abschluß des Rundgangs. Ein kleiner Kiosk außerhalb des weitläufigen Farmgeländes bietet ein in Folienbeutel abgefülltes Getränk aus tropischen Früchten an, versetzt mit Chilly, also scharf. Nach dem ersten Schluck stockt mir der Atem. Doch dann ist der quälende Durst gelöscht.

Ziemlich am Ende des Areals, weit unten im Tal, kann ich beobachten, wie Versuche zur Verbesserung von Mais-, Erdnuß- und Sojasorten vorgenommen werden.

Auf einem anderen Feld wird mit Zier- und Heilpflanzen experimentiert. Auch nach resistenten Akazien- und Eukalyptusarten wird geforscht.

Auf dem Rückweg geht es vorbei an Rinder-, Schweine- und Ziegenställen, auch an Stallungen zur Kleintierhaltung. Einfache Modellhäuser und -ställe aus einheimischen Materialien, gefertigt, geben Anlehnung zum Nachbau. Auf zweirädrigen Karren, von Rindern gezogen, schaffen die Bauern von außerhalb das Grünfutter für ihr Vieh heran. Auch diese einfachen Transportmittel werden in den Werkstätten von „Agri-Congo“ gebaut. Traktoren sah ich nirgendwo.

Bald darauf stoße ich auf ein Ausblühterrain. In der Mittagssglut sind junge Kongolesen dabei, Gemüsebeete anzulegen. In vierwöchigen Lehrgängen werden ihnen von Fachkräften theoretische und praktische Kenntnisse auf diesem Gebiet vermittelt. Von dem strategischen Ziel, bis zum Jahr 2000 die Selbstversorgung mit Grundnahrungsmitteln zu erreichen, haben Staat und Partei Kongs bisher keine Abschlüsse gemacht. Soll das erreicht werden, muß in den kommenden Jahren die Agrarproduktion mindestens vervierfacht und die Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Kongolesen in jedem Fall verdoppelt werden.

„Agri-Congo“ hat in den vier Jahren ihres Bestehens als Produktions-, Forschungs- und Ausbildungsstätte von sich reden gemacht. Sie gehört zu den derzeit größten und erfolgversprechendsten Versuchsfarmen in der Volksrepublik Kongo.

SOS-Ruf am Golf

Mit einem SOS-Ruf vergleichen hiesige Kommentatoren die vergangene Woche beendete Golf-Tour des jordanischen Königs Hussein. Aber auch Ministerpräsident Mudar Badran sprach nach der Reise im Klartext: „Wir haben Verständnis für unsere wirklich drückenden Nöte gefunden.“ Bei den Gesprächen des Monarchen in Kuwait, Bahrein und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) ging es ebenso wie kurz zuvor in Saudi-Arabien neben politischen Themen wie der Einberufung eines arabischen Gipfels vor allem um Finanzhilfe für Jordanien.

Das kleine nahöstliche Königreich steckt in einer Wirtschaftskrise, die am deutlichsten von derzeit 8,1 Milliarden Dollar Auslandsschulden – bei nur 3,5 Millionen Einwohnern eine der höchsten Pro-Kopf-Verschuldungen der Welt – charakterisiert wird. Die Rückzahlung wird 1990 schätzungsweise 28 Prozent aller Erlöse aus dem Waren- und Dienstleistungsexport verschlingen. Für die kommenden Jahre rechnet man mit ähnlichen Relationen.

Im Staatshaushalt klappt ein Defizit von rund 200 Millionen jordanischen Dinar (etwa 300 Millionen Dollar), das sind 16 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Zwar will Jordanien gemäß einem im Vorjahr mit dem Internationalen Währungsfonds ausgehandelten Sparprogramm das Budgetloch bis 1993 auf 3 Prozent des BIP verkleinern und dazu unter anderem die Exporte ankurbeln, aber ohne Auslandshilfe kann es seine Wirtschaft nicht in Gang halten.

Die Ostaaten der Arabischen Halbinsel sind offensichtlich bereit, die nötigen Mittel zu geben, um die politische Stabilität der Monarchie nicht aufs Spiel zu setzen. 1989 bekam Amman 200 Millionen Dollar Zuwendungen aus Ku- und 80 Millionen aus Abu Dhabi. Nach den jetzigen Besuchen König Husseins werden ähnliche Summen erwartet. Um die jordanische Währung zu stützen, vereinbarten Saudi-Arabien, Kuwait, Katar, Oman und die Vereinigten Arabischen Emirate einen 300-Millionen-Dollar-Fonds. Jordanien will auch die Arbeitsplätze seiner Bürger in den Golfstaaten gesichert sehen, denn deren Überweisungen sind eine tragende Säule des Etats. Folglich läuteten die Alarmglocken, als die Transfers in den vergangenen 2 Jahren dramatisch zurückgingen.

Freundschaft

Aus unserer Post

Ja, das Hoffen und Harren...

Habe noch nie an eine Zeitung geschrieben, aber wenn wir schweigen, müssen die Steine auf der Straße reden...

für mein verwirrtes Schreiben, früher hatten wir keine Möglichkeit zu lernen...

Wie lange noch warten?

Selt vielen Jahren bin ich ständiger Leser unserer deutschsprachigen Ausgaben 'Freundschaft'...

Hieronymus KELLERMANN, Rentner, ehemaliger Arbeitsfrontler



Zelinograd. Alles ringsum ist weiß und hell. Wir laden Sie zum Fluß Ischim ein, hier ist immer was los...

dem Schnee zu trampeln und frische Luft zu schnappen. Wie es heißt, um sich sehen zu lassen und andere zu beschauen.

Fotos: Jürgen Osterle



In der Mußestunde In der Mußestunde

Der Mensch lebe glücklich und frei

Worte: Nelly WACKER

Musik: Artur LANG

Musical score for 'Der Mensch lebe glücklich und frei'. It includes a melody line with lyrics in German and musical notation with chords like Em, Am, H7, E7, D7, G, C, D7, G, H7.

Refrain: Wenn wir erheben, Wenn wir erheben, Wenn wir vereint unsre Stimmen erheben!

Es sei und es bleibe dabel: Der Mensch lebe glücklich und frei! Friedlich und hell unsre Jugend heut lacht...

Refrain: Wenn wir erheben, Wenn wir erheben, Wenn wir vereint unsre Stimmen erheben!

Aus unserem Kulturerbe

Die Chortitzer Mennoniten

23. Folge

von D. S. Epp

Obeffa 1889

Zentralschule gegenwärtig, trotz ihrer Bestimmung, eine 'Lehrerbildungsanstalt für die Kolonien' zu sein...

Das in der Volksschule begonnene Werk sollte in Fortbildungsschulen seine Fortsetzung finden...

In materieller Hinsicht sind die meisten unserer Lehrer für den Augenblick erträglich gestellt...

Gegenwärtig haben sich einige unserer Lehrer zur Selbsthilfe (durch Gründung eines Unterstützungsfonds) vereinigt...

Die Zahl der Schuldinder in der Chortitzer Kolonie beläuft sich auf circa 3.000...

Später gelang es zwar dem landw. Verein, die Aufsicht über dieselben an sich zu nehmen...

Die Zentralschule besitzt zwar ein Kapital von 52.000 Rubeln, doch reichen die Zinsen...

Die Zentralschule verdrängt ihren Namen dem ersten Lehrer derselben H. Heese...

ge Kirchenälteste der Chortitz, G. H. Epp als Lehrer an die Zentralschule berufen...

Als Privatanstalt besteht in der Kolonie Chortitz noch die Schule der Firmen Lepp u. Wallmann...

13. Die materielle Lage und Beschäftigung der Kolonisten

Die erforderlichen Bedingungen zur Hebung der nichts weniger als beneidenswerten Vermögensverhältnisse unserer eingewanderten Vorfahren...

Mit dem Direktor Brackel fing ein neuer Wind an, über die Felder der Armut zu wehen...

(Fortsetzung folgt)

Eine seltsame Fähigkeit

Ober die seltsame Fähigkeit, Metallgegenstände anzuziehen, verfügt der 70jährige Einwohner der Stadt Malkop...

Dieses Phänomen war Nikultschew zum erstenmal nach einer Verwundung im zweiten Weltkrieg bewußt geworden...

Ein ganzes Leben mit der Jugend zusammen

Ich arbeitete 25 Jahre als Lehrer in der Mittelschule, 29 Jahre in der Universität und im Pädagogischen Institut...

Wir Alten sind oft ungerecht zur Jugend. So mancher von uns knurrt: Was sind das heute für junge Menschen?

Die erforderlichen Bedingungen zur Hebung der nichts weniger als beneidenswerten Vermögensverhältnisse unserer eingewanderten Vorfahren...

Mit dem Direktor Brackel fing ein neuer Wind an, über die Felder der Armut zu wehen...

Kenntnisse der Studenten von heute auf allen Gebieten der Wissenschaft und Technik...

Wir Alten sehen immer zuerst die negativen Seiten der Jugend: infantil, nicht genügend aktiv...

Jede Arbeit, jede Erscheinung kann man nur nach ihrem Resultat einschätzen. Während meiner Tätigkeit im pädagogischen Institut...

Ultramoderne akzeptieren. Mir will schmecken, daß die Arbeitserziehung in den heute herrschenden Formen keinen Effekt bringt...

Wieviel Jungen und Mädchen waren damals die einzige Kulturkraft im Dorfe, so mancher kommandierte damals mit 17 Jahren Kampfbattalione...

Wenn es mir gelungen ist, daß Sie über meine Zeilen nachdenken, wenn sie zu Überlegungen anspornen...

Wenn es mir gelungen ist, daß Sie über meine Zeilen nachdenken, wenn sie zu Überlegungen anspornen, dann habe ich mein Ziel erreicht...

Chefredakteur i. V. Jakob GERNER

Unsere Anschrift:

Kasachskaja SSR, 480044, Alma-Ata, ul. M. Gornjogo 50, 4-й этаж



Vorzimmer des Chefredakteurs - 33-42-69, stellvertretende Chefredakteure - 33-92-91, 33-38-53; Redaktionssekretär - 33-37-77...

«ФРОЙНДШАФТ» ИНДЕКС 65414

Выходит еженедельно, кроме воскресенья и понедельника

Ордена Трудового Красного Знамени Типография Издательства ЦК Компартии Казахстана 480044, пр. Ленина, 2/4

Газета отпечатана офсетным способом. М 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10. П 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10. Объем 2 печатных листа. Заказ 11841.